
Altersarmut in Nordrhein-Westfalen – Neues aus drei aktuellen Studien und Kommentare von Matthias W. Birkwald

Wer immer noch behauptet, Armut und insbesondere Altersarmut sei in Nordrhein-Westfalen nur ein Randphänomen, wurde in den vergangenen Wochen noch einmal mit erschreckenden Fakten konfrontiert.

Köln und Dortmund als Spitzenreiter

Ende August überraschte uns das arbeitgebernahe „Institut der deutschen Wirtschaft“ (IW) aus Köln mit einer Studie zur regionalen Armutsverteilung in Deutschland¹. Die Wirtschaftsforscher*innen hatten dabei für das Jahr 2012 eine Armutsschwelle von 870 Euro für Singles zugrunde gelegt (bei einer Familie mit zwei Kindern liegt diese unter einem Haushaltseinkommen von 1830 Euro).

Das ist eine durchaus übliche Vorgehensweise und entspricht 60 Prozent des mittleren bundesdeutschen Einkommens (Median).

Das Neue an der Studie ist allerdings, dass die regionale Kaufkraft und damit die unterschiedlichen Preisniveaus - sprich die realen Kosten für Miete, Nahrungsmittel und andere alltägliche Ausgaben - berücksichtigt wurden. Eine alleinlebende Münchnerin bräuchte demnach 1.030 Euro, um sich genauso viel leisten zu können wie ein gesamtdeutscher ‚Durchschnittssingle‘ mit den genannten 870 Euro.

Das Ergebnis war insbesondere für NRW verheerend. Das Land ist intern zutiefst sozial gespalten und die Städte Köln und Dortmund verzeichnen auch bundesweit die höchsten Armutsrisikoquoten in ganz Deutschland. 26 Prozent der Haushalte leben dort in Armut, wenn man ihre Kaufkraft, also das Verhältnis von Einkommen zu Preisen, berücksichtigt.

Ganz konkret heißt das: Jede/r Vierte kann sich in Köln und Dortmund Mieten und Einkäufe nicht mehr leisten. Besonders für die Stadt Köln war das Ergebnis überraschend, da sie über eine überdurchschnittliche Wirtschaftskraft verfügt; aber offensichtlich sind in der Domstadt vor allem die Mieten der Einkommensentwicklung davongelaufen.

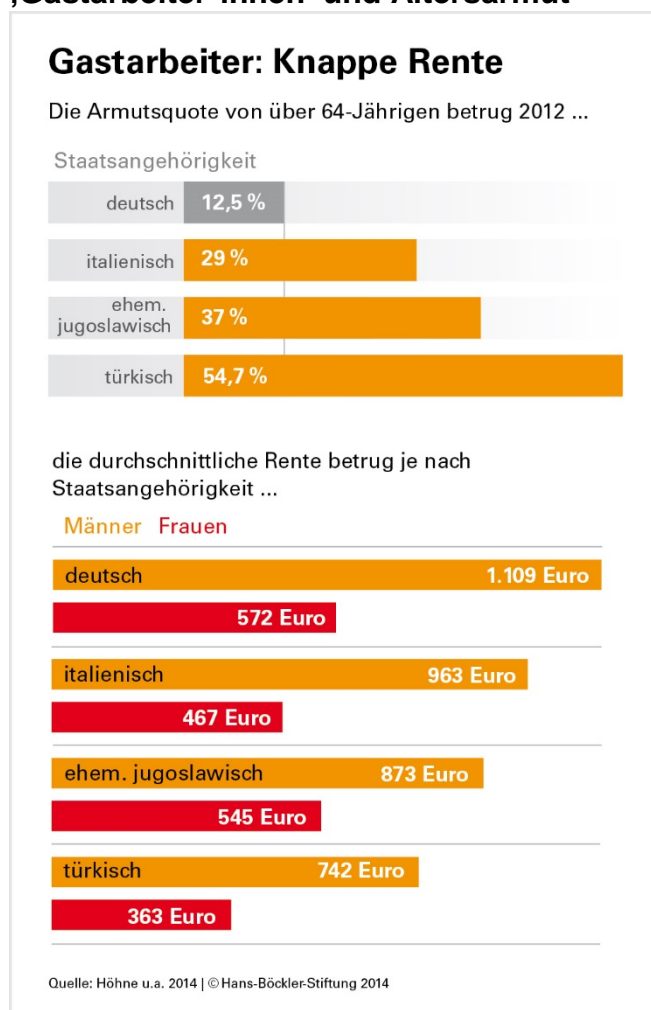
Zumindest für die Stadt Köln zeigen die Zahlen aber auch: Zunehmend wird unter dem Druck der hohen Mieten und der Ausbreitung des Niedriglohnsektors, Armut auch für Beschäftigte mit niedrigen und mittleren Einkommen zur bitteren Normalität. Denn die vom IW errechnete Armutsquote von 26 Prozent liegt in Köln gut doppelt so hoch wie der Anteil der 114.713 ALG II- und 18.900 Beziehenden von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung an der Bevölkerung.²

¹ <http://www.iwkoeln.de/de/wissenschaft/veranstaltungen/beitrag/pressekonferenz-einkommensarmut-in-deutschland-aus-regionaler-sicht-179584>.

² Die Bundesagentur für Arbeit weist zum 31.08.2014 eine Zahl von 114.437 Leistungsberechtigten nach dem SGB II aus; zusammen genommen mit den 18.900 Beziehenden von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung ergibt sich ein Anteil von ca. 13 Prozent an der Gesamtbevölkerung Kölns.

Die darüber hinaus in den Studien benannten Problemgruppen sind dabei immer die gleichen: Erwerbslose und deren Familien, Alleinerziehende und Menschen mit Migrationshintergrund. Diese Bevölkerungsgruppen stellen in den Städten zwei Drittel der Einwohner*innen, in den ländlichen Gebieten aber weniger als die Hälfte.

„Gastarbeiter*innen“ und Altersarmut



Die Böckler-Stiftung nahm deshalb auch den 50. Jahrestag der Ankunft des einmillionsten ‚Gastarbeiters‘ am Bahnhof Köln-Deutz zum Anlass, um zu fragen, wie der deutsche Wohlfahrtsstaat die Lebensleistung von Armando Rodrigues de Sá und den Angehörigen der ersten Generation von angeworbenen Migrant*innen honoriert³. Damals bekam er öffentlichkeitswirksam ein Moped! Bekäme er heute aber auch eine auskömmliche Rente?

Die ‚Gastarbeiter*innen‘ waren im Rückblick die ersten, die systematisch in einen Niedriglohnsektor gedrängt wurden und für uns die ‚Drecksarbeit‘ nicht nur in der Steinkohleförderung oder bei der Müllabfuhr übernahmen.

Für Viele waren damit gerade in der Anfangszeit zwar absolute Wohlstandsgewinne verbunden, schwierig wurde es aber nach dem Anwerbestopp: Der Niedergang der Montan-

industrie lies die Arbeitslosenquote in die Höhe schnellen. Viele kehrten dann zwar in ihre Heimatländer zurück und konnten sich dort etwas Neues von ihren hart erarbeiteten Ersparnissen aufbauen. Aber: Diejenigen, die hier blieben, weil ihre Kinder sich an den Schulen oder in den Sportvereinen eingelebt hatten, weil sie sich hier wohl fühlten oder weil eine Rückkehr für sie nicht in Frage kam, spüren jetzt im Alter die Folgen ihres prekären Arbeitslebens.

Sie leben in kleineren Wohnungen mit schlechterer Ausstattung und zahlen auch noch höhere Mieten als Bio-Deutsche. Das Armutsrisiko von älteren Menschen aus den sogenannten Anwerbestaaten liegt bei sage und schreibe 47 Prozent (Ältere insgesamt bei 11,3 Prozent)! Am härtesten trifft es aber Türkinnen und Türken ab 65 Jahren. Knapp sechs von zehn Türkinnen und Türken leben in NRW unter der Ar-

³ Jutta Höhne, Benedikt Linden, Eric Seils, Anne Wiebel, Die Gastarbeiter. Geschichte und aktuelle soziale Lage, WSI-Report 16. September 2014 http://www.boeckler.de/pdf/p_wsi_report_16_2014.pdf.

muttsschwelle. Das ist völlig inakzeptabel! Die Rentenzahlbeträge der türkischen Männer erreichen gerade einmal 742 Euro und die der Frauen 363 Euro. Von der ursprünglichen Hoffnung mit harter Arbeit ein besseres Leben auch im Alter führen zu können, ist für Viele nichts übrig geblieben.

Altersarmut – Auf dem Weg zur ganzen Wahrheit

Niedrige Löhne und immer längere Phasen der Arbeitslosigkeit sind mittlerweile aber auch in der Mitte unserer Gesellschaft angekommen. Das Schicksal der älteren Migrant*innen droht heute zur Lebensrealität von Älteren in Nordrhein-Westfalen insgesamt zu werden. Altersarmut ist kein Randphänomen mehr und wird sich in Zukunft immer weiter ausbreiten.

Wir wissen aus der amtlichen Statistik, dass in NRW 10,8 Prozent der Männer ab 65 Jahren und 15,3 Prozent der älteren Frauen von weniger als 60 Prozent des mittleren bundesdeutschen Einkommens leben müssen (Stand 2012)⁴. Tendenz steigend. Politikerinnen und Politiker, die diese Realität verdrängen oder verschweigen wollen, nehmen oft Bezug auf die Zahl der Beziehenden von „Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung“, also so etwas wie der Sozialhilfe für Rentner*innen. Dieses Schicksal trifft in NRW ‚nur‘ 4 Prozent der Frauen über 65 und 2,8 Prozent der Männer über 65 (31.12.2012)⁵. Aber selbst hier liegen die Städte Köln und Dortmund – nach der Landeshauptstadt Düsseldorf - an der traurigen Spitze.

Nimmt man die Zahl der Erwerbsminderungsrentner*innen dazu, so müssen in NRW aber insgesamt 232.000 Menschen ihre Minirenten durch den Gang zum Sozialamt aufstocken. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet das einen Anstieg von acht Prozent. Seit 2005 ist die Zahl der Grundsicherungsempfänger*innen wegen Alters oder Erwerbsminderung um 50 Prozent gestiegen⁶. Viele Politiker*innen geben trotzdem Entwarnung: Von einem Massenphänomen könne nicht die Rede sein, die Rente sei armutsfest und werde es auch in Zukunft bleiben.

Dem widersprach – ebenfalls im August – völlig zu Recht der Sozialforscher Dr. Rudolf Martens für den Paritätischen Wohlfahrtsverband in der Studie ‚Altersarmut in Deutschland: Bisher nur die halbe Wahrheit‘.⁷ Der Blick auf die Empfängerzahlen von Grundsicherung im Alter allein reiche nicht aus, das zeigten schon Studien, die von einer Dunkelziffer von bis zu 40 Prozent ausgehen; was bedeutet, dass fast die Hälfte der eigentlich Anspruchsberechtigten aus Scham oder anderen Gründen, die Grundsicherung im Alter gar nicht erst beantragt.

⁴ Vgl.: <http://www.amtliche-sozialberichterstattung.de/A1armutsgefaehrungsquoten.html>

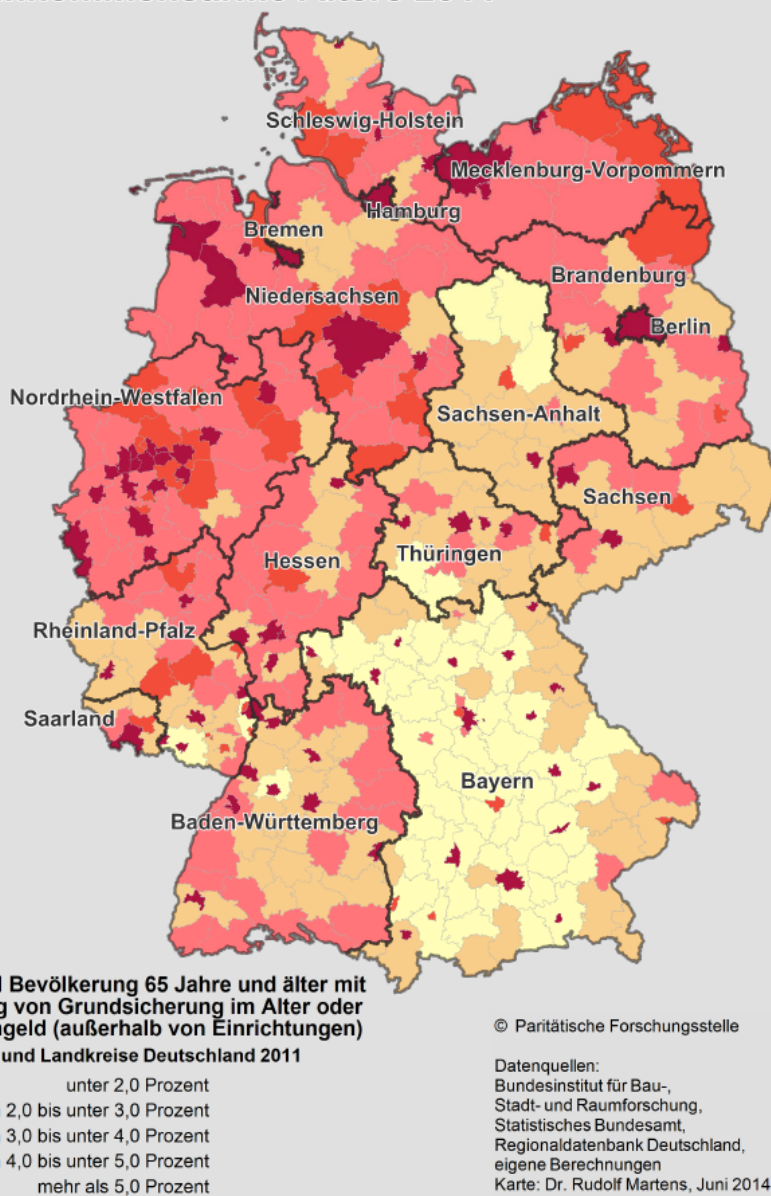
⁵ https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2013/10/PD13_356_221.html

⁶

http://www.mais.nrw.de/sozialberichte/sozialindikatoren_nrw/indikatoren/7_einkommensarmut/indikator7_4/index.php

⁷ Rudolf Martens, Altersarmut in Deutschland: Bisher nur die halbe Wahrheit, (Hrsg.: Der Paritätische Gesamtverband) Berlin 2014S. 19 http://www.der-paritaetische.de/uploads/media/140821_Altersarmut_Expertise.pdf.

Einkommensarme Ältere 2011



Rudolf Martens führt deshalb die vorliegenden Daten zur Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung mit regionalen Daten zum Bezug von Wohngeld zusammen, da dieses ja - im Unterschied zur offiziellen Lesart - auch eine Form der sozialen Mindestsicherung darstellt. Addiert man die Wohngeld- und Grundsicherungsfälle, so **verdoppelt** sich der Anteil der ‚bedürftigen‘ Älteren! Auch hier ist NRW (fünf Prozent in der Bevölkerung ab 65 Jahren) nach den Stadtstaaten Hamburg, Bremen und Berlin trauriger Spitzenreiter im bundesweiten Vergleich.

Fragt man nach den Ursachen dafür, warum das Wohngeld in Städten wie Köln oder Dortmund nicht wirkt, so zeigt sich schnell: Die bis dato letzte Anpassung des Wohngeldbedarfs erfolgte im Jahr 2009 und zwar aufgrund von Daten zur Mietenentwicklung aus dem Jahr 2006! Für das nächste Jahr plant die Bundesregierung eine Anpassung. Zum ersten Mal seit sechs Jahren.

Herbeigeführt wird die Situation aber vor allem dadurch, dass die gesetzliche Rente unter dem Dogma der Beitragssatzstabilität vom Ziel der **Lebensstandardsicherung** abgerückt ist. Martens kann nachweisen, dass eine sogenannte Eckrente nach 45 Beitragsjahren seit 1991 real - also unter Berücksichtigung der Preisentwicklung - um 14 Prozent gesunken ist, d.h. statt der im Jahr 2013 erzielten 1135 Euro müsste sie eigentlich 1316 Euro betragen um die Preisentwicklung auszugleichen.

Wie viele Versicherte schaffen aber noch 45 Beitragsjahre und damit 1100 Euro im Monat? Immer weniger! Im Jahr 2013 lag die Zahl der durchschnittlichen Versicherungsjahre für die Neuzugänge in Altersrenten gerade mal noch bei 35,7 Jahren! Das ergibt eine Nettorente von 920 Euro.

Wie viele Versicherte schaffen aber noch 45 Beitragsjahre und damit 1100 Euro im Monat? Immer weniger! Im Jahr 2013 lag die Zahl der durchschnittlichen Versicherungsjahre für die Neuzugänge in Altersrenten gerade mal noch bei 35,7 Jahren! Das ergibt eine Nettorente von 920 Euro.

Die Rente reicht dann nicht mehr zum Leben und muss - sofern nicht auf andere Einkommensquellen zurückgegriffen werden kann - mit Sozialleistungen aufgestockt werden. Entwürdigende Behördengänge, Stigmatisierung und Schikane sind dann die Folge nach einem oft harten Arbeitsleben. Die Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage von mir vom Juni diesen Jahres (BT-Drucksache 18/1013), zeigt deutlich, dass die Zahl der Rentnerinnen und Rentner, die eine Rente unter Grundsicherungsniveau beziehen, seit der Einführung von Kürzungsfaktoren und Riesterrente beständig wächst: Am dramatischsten in Ostdeutschland: Von unter 20 Prozent im Jahr 2003 stieg sie auf nahezu 45 Prozent im Jahr 2012. Aber auch im Westen stieg sie beständig auf mittlerweile 55 Prozent. Die Ursachen für niedrige Rentenzahlbeträge sind zwar vielfältig, das ändert aber nichts an der Tatsache, dass die gesetzliche Rente ihre Aufgabe, den Lebensstandard im Alter zu sichern, für Viele nicht mehr erfüllen kann.

Altersarmut in NRW: Die ganze Wahrheit

Das bisher genaueste Bild über das Ausmaß der Altersarmut in Nordrhein-Westfalen zeichnet aber der **Rentenreport 2014 des DGB NRW**.⁸ Der DGB kritisiert zuallererst das sinkende Rentenniveau (1990: 50,2 Prozent / 2013: 45 Prozent des Durchschnittseinkommens nach DGB-Zahlen): Ein männlicher Rentner, der 2013 in Rente ging, erhält im Durchschnitt nur noch 1007 Euro Rente und damit 145 Euro weniger als die durchschnittliche Altersrente für alle männlichen Rentner.

Bei den Frauen gibt es zwar einen leichten Anstieg von fünf Euro im Vergleich der neuen zu den bestehenden Altersrenten. 503 Euro - und damit die Hälfte der Männerrente - sind aber meilenweit vom Ziel einer eigenständigen Alterssicherung von Frauen entfernt. Die sogenannte ‚Mütterrente‘ ist da nur ein kleiner Tropfen auf den heißen Stein der Altersarmut von vielen Frauen! Das Rentensystem kann nicht ausgleichen, dass Frauen häufiger in Teilzeit oder Minijobs beschäftigt sind und in Branchen, die schlechter bezahlt werden.

Dabei gehen Männer wie Frauen immer später in Rente. Seit 2003 ist der Eintritt um knapp ein Jahr nach hinten geschoben worden und liegt zur Zeit bei 64 Jahren, weil Frühverrentungsmöglichkeiten entweder abgeschafft wurden oder mit hohen Abschlägen bestraft werden. Länger arbeiten für weniger Rente!

Noch länger von noch weniger Geld leben müssen Beschäftigte, die so krank geworden sind, dass sie nicht mehr arbeiten können. Die sogenannte Erwerbsminderungsrente wird im Schnitt in NRW schon ab knapp 51 Jahren bezogen. Diese Rentenart befindet sich seit Jahren im Sinkflug. Heute erhalten Frauen im Schnitt 576 Euro und Männer 756 Euro und liegen damit unter dem NRW-Grundsicherungsniveau von 758 Euro. Schon lange dominieren bei den Krankheitsbildern nicht mehr die klassischen Skelett-, Muskel- oder Herz-Kreis-Laufkrankungen. Nein, es sind die neuen Unsicherheiten am Arbeitsplatz, der Zeitdruck und der Stress, der die Beschäftigten zur Aufgabe zwingt. Bei 46 Prozent der EM-Renten lautet die Hauptdiagnose auf psychi-

⁸ DGB NRW: Rentenreport 2014 <http://nrw.dgb.de/presse/++co++016b649a-2c32-11e4-947d-52540023ef1a>.

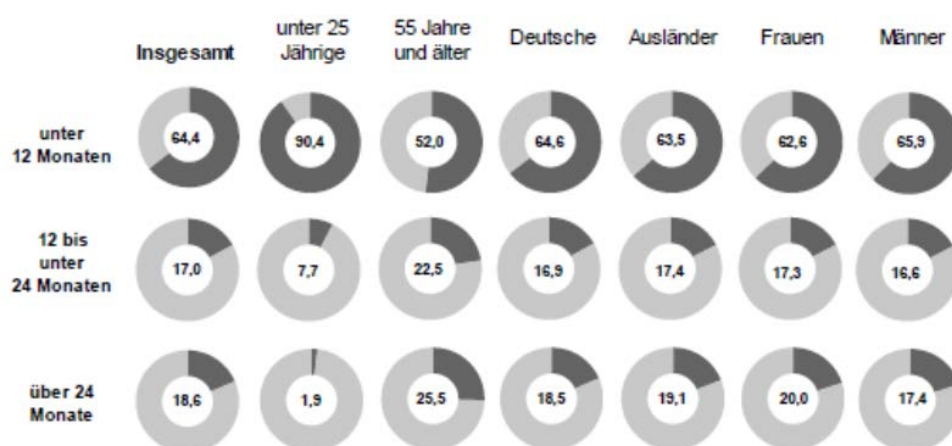
sche Erkrankungen. Die Verbesserung durch das Rentenpaket der Bundesregierung bringt neuen Erwerbsminderungsrenter*innen gerade mal ca. 40 bis 45 Euro brutto mehr (mit und ohne Abschläge). Netto sind es dann nur 36 bis 40 Euro vor Steuern. Auch hier gilt: Es wird ein bisschen besser, aber noch lange nicht gut!

Selbst wer im Alter von 50 nicht krank wird, schafft es dann aber trotzdem oft nicht, bis zur Regelaltersgrenze berufstätig zu bleiben.

Abbildung 4

Ältere Arbeitslose haben ein überdurchschnittlich hohes Risiko langzeitarbeitslos zu sein

Arbeitslose und Langzeitarbeitslose; Anteile (in Prozent)
Jahresdurchschnitt 2013



Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Arbeitsmarktberichterstattung, Juli 2014. Der Arbeitsmarkt in Deutschland. Die Arbeitsmarktsituation von langzeitarbeitslosen Menschen, S. 9

Ältere Menschen (55 bis 64 Jahre) sind in NRW häufig und vor allem wesentlich länger arbeitslos als jüngere Arbeitslose (15 bis 54 Jahre). Im Juli 2014 betrug die durchschnittliche bisherige Dauer der Arbeitslosigkeit der Älteren bundesweit 655 Tage. Bei den Jüngeren waren es 436 Tage. Bundesweit waren 2013 mehr als eine halbe Million älterer Menschen (55 Jahre und älter) arbeitslos und damit fünf Prozent mehr als im Vorjahr. Fast die Hälfte von ihnen (275.000) war bereits länger als zwölf Monate auf der Suche nach einer Beschäftigung; das entspricht einem Anstieg von sieben Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Ein Viertel aller älteren Arbeitslosen ist sogar schon länger als 24 Monate arbeitslos! Aber immer noch fordern wild gewordene CDU-Wirtschaftspolitiker wie Wolfgang Steiger (Generalsekretär des CDU-Wirtschaftsrates) die Rente erst ab 70. Wer das fordert, hat nicht alle Tassen im Schrank!

Zur ganzen Wahrheit gehört aber auch die Feststellung, dass der dramatische Anstieg der Armut in NRW darin begründet ist, dass NRW in Sachen Wachstum, Be-

schäftigung und Wertschöpfung spätestens seit 1997 deutlich hinter der Entwicklung der Bundesrepublik insgesamt zurückgeblieben ist.⁹

Auflösung des Wohlfahrtsstaates alter Prägung

Damit zeigen die neuen Daten eine grundsätzliche Sollbruchstelle unseres sozialstaatlichen Arrangements: Wer während seines aktiven Arbeitslebens stabil in das Erwerbssystem eingebunden ist und in gewerkschaftlich gut organisierten Branchen beschäftigt war und ist, genießt noch hohen arbeitsrechtlichen Schutz, meist gute Arbeitsbedingungen, stabile Löhne und vor allem auch im Alter in breitem Umfang soziale Rechte. Er kann seinen Lebensunterhalt in der Erwerbsphase selbständig sichern und im Alter den erreichten Standard weitgehend aufrechterhalten.

Mit der Auflösung dieser Strukturen, sei es durch die Ausbreitung des Niedriglohnssektors, die Auflösung einer stabilen industriellen Basis, den Rückgang des gewerkschaftlichen Organisationsgrades oder auch der zunehmenden Mietenexplosion in Großstädten, verstärken sich die negativen Effekte.¹⁰

Man gerät in einen Teufelskreis der Armut, der weit über die bekannten Dimensionen der Einkommensarmut hinausgeht.

Das Besondere an den vorgestellten Studien ist deshalb: Am Lebensweg der ‚Gastarbeiter*innen‘ der ersten Generation und der Beschäftigten in den industriell geprägten Regionen Nordrhein-Westfalens lassen sich schon heute die Folgen der Auflösung des fordistischen Arrangements der sozialen Sicherung wie im Reagenzglas studieren. Die stellvertretende DGB-Vorsitzende Dr. Sabine Graf sagt es klar und deutlich:

„Diese Ergebnisse weisen darauf hin, dass dort, wo es eine starke industrielle Basis gibt, die Renten - zumindest für Männer - tendenziell höher sind, als in Regionen, die vor allem durch Verwaltung oder Dienstleistungen geprägt sind. Gerade im industriellen Bereich sind von den Gewerkschaften ausgehandelte Tarifverträge an der Tagesordnung, die den Beschäftigten gute Arbeitsbedingungen mit anständigen Gehältern garantieren. Resultat ist eine verhältnismäßig hohe Rente, von der es sich leben lässt. Der Abbau von Industriestrukturen in NRW, die zunehmende Tarifflicht vieler Unternehmen und die Deregulierung des Arbeitsmarktes lassen allerdings befürchten, dass die künftigen Rentner in diesen Regionen mit niedrigeren Zahlungen auskommen müssen. Bei den Frauen hängt die Durchschnittsrente in einer Stadt oder einem Kreis dagegen eng mit dem jeweiligen Umfang der Frauenerwerbstätigkeit zusammen.“

⁹ Ausführlich dargestellt hat diesen Zusammenhang Bernhard Sander, NRW – wirtschaftspolitische Alternativen sind notwendig, Februar 2014, http://www.vorort-links.de/nc/archiv/analysen_ansichten/detail/artikel/nrw-wirtschaftspolitische-alternativen-sind-notwendig/.

¹⁰ Martin Kronauer, Matthäuseffekt und Teufelskreis – zum Problem von Inklusion und Exklusion in kapitalistischen Gesellschaften, Gegenblende 29: September/Okttober 2014, <http://www.gegenblende.de/29-2014/++co++df8cf7b2-3294-11e4-9e4e-52540066f352>.

Sozialpolitischer Kurswechsel

Anders gewendet: Die Daten zur Altersarmut in NRW und auch die Daten zur ersten Generation der ‚Gastarbeiter*innen‘ können wir als Vorboten lesen. Sie zeigen uns, wohin die Reise gehen wird, wenn wir weder auf dem Arbeitsmarkt, noch in der Alterssicherung und auch nicht in der Wohnungspolitik bald umsteuern.

Insbesondere im Alter gilt dann: Wer ab 50 arbeitslos wird, kommt kaum mehr zurück ins Erwerbsleben. Qualifikationen, Ersparnis und ganze Biographien werden entwertet. Viele Ältere können dem Druck im Betrieb nicht mehr standhalten und werden immer häufiger auch psychisch krank. Wer aber früh wegen schwerer oder chronischer Krankheiten auf eine Erwerbsminderungsrente verwiesen ist oder im Alter von einer Minirente leben muss, hat keine Ressourcen mehr, um aus dieser Sackgasse heraus zu kommen. Wer dann noch in Großstädten lebt, wird von den steigenden Mieten komplett an den Rand gedrängt.

Wir sehen hier noch einmal, wie sich die negativen Effekte von sozialer Ausgrenzung verstärken und sich wie Schockwellen (Robert Castel) vom Arbeitsplatz, in das Wohnumfeld, die Gesundheit, die privaten Beziehungen und eben auch die soziale Sicherung im Alter ausbreiten.

Wenn wir sehen wollen, was uns diese Studien zeigen, dann sehen wir nicht nur, wie sich die Schockwellen der Prekarisierung auf der individuellen Ebene ausbreiten und diejenigen am härtesten treffen, die über die geringsten ökonomischen, sozialen und symbolischen Ressourcen verfügen.

Wir sehen auch, wie sich **Prekarisierung** immer mehr in die Mitte der Gesellschaft schiebt. Von den Rändern der ‚Mehrheitsgesellschaft‘, von den absterbenden Industriezweigen hinein in die Dienstleistungsbranchen, von den ‚peripheren‘ Regionen hinein in die Großstädte und so weiter.

Dass die Leistungen der gesetzlichen Rente und des deutschen Sozialstaates insgesamt sehr stark an versicherungspflichtige Erwerbsarbeit gekoppelt sind, macht sie beide besonders anfällig für die geschilderten Ausgrenzungseffekte.

In den vergangenen Jahren wurde ja nicht nur das Rentenniveau systematisch abgesenkt, sondern es wurden auch viele solidarische Ausgleichselemente in der Rente abgeschafft, die insbesondere das Risiko von Erwerbslosigkeit und Niedriglöhnen zum Teil abfingen. Schlimmer noch: Sozialpolitische Ausgleichsinstrumente wurden nicht nur abgeschafft, sondern zusätzlich diskriminierende Maßnahmen – insbesondere für Langzeiterwerbslose - eingeführt.

Die Liste, der Kettenreaktionen, die sich an einen Hartz-IV-Bezug anschließt und die Diskriminierung bis ins Rentenalter hinein verlängert, ist lang – zu lang: Das beginnt damit, dass Arbeitgeber*innen Langzeitarbeitslose in den ersten sechs Monaten unter dem gesetzlichen Mindestlohn werden einstellen können. Und wer älter als 58 Jahre ist und ein Jahr lang keine sozialversicherungspflichtige Erwerbstätigkeit angeboten bekommen hat, fällt einfach aus der Statistik heraus. Seit dem 1. Januar 2011 werden auf Initiative von Union und FDP bei einem Bezug von Arbeitslosengeld II auch keine Rentenversicherungsbeiträge mehr von der Agentur für Arbeit gezahlt.

Hartz-IV-Bezug wird auch nicht auf die 45 Jahre Wartezeit für die Rente ab 63 bzw. 65 angerechnet, genauso wenig wie Zeiten der Arbeitslosigkeit zwei Jahre vor dem Rentenantritt.

Aber es kommt noch dicker: Ab dem 63. Lebensjahr sind Jobcenter verpflichtet, Hartz-IV-Beziehende zwangszuverrenten und zwar mit lebenslangen Abschlägen.

Die Rente armutsfest gestalten – Vorschläge

Für DIE LINKE und auch für die Sozialverbände und Gewerkschaften ergibt sich daraus eine doppelte Herausforderung. Wir müssen uns weiter und wieder für einen breiten Zugang zu guter und sinnvoller Erwerbsarbeit einsetzen. Aber die daran geknüpften sozialen Rechte, wie eine angemessene Rente, müssen wir unabhängiger machen von den neuen Unsicherheiten der prekären Arbeitswelt.

Dazu zählt die hohe berufliche und damit immer auch gesundheitliche Belastung der Beschäftigten, das Risiko der Arbeitslosigkeit/Erwerbslosigkeit, aber auch das unerfüllte Bedürfnis nach mehr Zeitsouveränität, sprich mehr Zeit für sich, für Kinder, Freund*innen, Hobbies oder die Pflege von Angehörigen.

Die Forderung nach einer Rückkehr zu einem lebensstandardsichernden Renteniveau (von 53 Prozent vor Steuern) für alle Versicherten stehen deshalb ganz ganz oben auf der Agenda!!

Dazu müssen unter anderem der Altersvorsorge-, der Nachhaltigkeits- und der Nachholfaktor gestrichen und die in der gesetzlichen Rente (SGB VI) vorgeschriebenen Beitragssatzobergrenzen genauso abgeschafft werden, wie die horrenden und nicht zu rechtfertigenden Abschläge bei den Erwerbsminderungsrenten.

Um die bereits Wirklichkeit gewordenen Rentenkürzungen auszugleichen, müssen die aktuellen Rentenwerte sofort um mindestens vier Prozent angehoben werden. Und da die Rente erst ab 67 für die Meisten nichts anderes als eine Rentenkürzung nach sich zieht, muss auch sie sofort zurückgenommen werden.

Gleichzeitig müssen aber auch Zeiten der Pflege, der Erziehung und der Ausbildung (wieder) besser rentenrechtlich bewertet werden und die „Rente nach Mindesteinkommen“ entfristet werden. Der gesetzliche Mindestlohn muss auf zehn Euro erhöht und ohne Ausnahmen gezahlt werden und eine Solidarische Mindestrente in Höhe von 1050 Euro eingeführt werden, die dann erst ihren Namen verdient.

Wenn wir noch die heutige Rentenversicherung zu einer Solidarischen Rentenversicherung für alle Erwerbstätigen umbauen und die bisher in die Riesterrente geflossenen 27 Milliarden Euro Steuergelder statt an die Versicherungskonzerne in die gesetzliche Rentenkasse zahlen, wäre diese umlagefinanzierte und den Lebensstandard sichernde Rente leistungsfähig, armutsfest und mit moderat steigenden Beiträgen finanzierbar.

Lebensstandardsicherung im Alter bedeutet in diesem umfassenden Sinne nicht nur eine Anerkennung der Lebensleistung, sie bedeutet auch nicht nur Armutsbekämpfung.

Nein: Von den Unsicherheiten und Risiken der Arbeitswelt unabhängige soziale Rechte sichern die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und sind damit ein wichtiges Stück Demokratie in schwierigen Zeiten.
Dafür zu streiten lohnt sich!